

Phantomgerüst interessant, aber unmöglich

Gautinger Gemeinderat lehnt Antrag auf Änderung der Frage zum Bürgerbegehren ab

Gauting – Den Antrag der Initiatoren des Bürgerbegehrens, die Frage nachträglich noch zu ergänzen, hat der Gautinger Gemeinderat abgelehnt. Das sei nicht zulässig, sagte Bürgermeisterin Dr. Brigitte Kössinger. Auch die kommunale Rechtsaufsicht habe die nachträgliche Änderung der Fragestellung zum den Zusatz „kleiner und passender zu Gauting“ abgelehnt. In der Gemeindeordnung sei das klar geregelt. Mit 18 zu drei Gegenstimmen aus der Grünen-Fraktion lehnte die Ratsmehrheit die aktuell beantragte Begründung ab.

Vergeblich hatte Heinrich Moser (Grüne) zuvor eine

Gleichbehandlung von Rats- und Bürgerbegehren gefordert. Dass Gemeinderäte vor dem künftigen Stockdorfer Bürgerzentrum am vorigen Samstag für die Ziele des Ratsbegehrens geworben hätten, widerspreche dem „Fairness-Gebot“, meinte der Grünen-Vertreter. „Wenn's ein Ratsbegehren gibt, darf die Gemeinde ihre eigenen Informationen an die Bürger weitergeben“, entgegnete die Bürgermeisterin – wieder auf Basis der Gemeindeordnung.

Einstimmig beschloss der Rat schließlich die Bekanntmachung: Im Amtsblatt werden die Ziele sowohl von Rats- und Bürgerbegehren auf

je zwei gedruckten DIN-A 4-Seiten dargestellt.

„Was passiert, wenn das Bürgerbegehren von GautingAktiv am 15. April eine Mehrheit bekommt“, hakte Markus Proksch in der Bürgerfragestunde nach. „Dann beginnen wir wieder von vorne mit der Planung, in die wir alle Gautinger einbeziehen werden“, erklärte die Rathauschefin. Denn das Bürgerbegehren stelle ja die gesamte Planung, die auf den Bürgerworkshops von „Gauting entfalten“ basiere, samt Verkehrskonzept in Frage. Wenn das Ergebnis dann wieder nicht stimme, werde es wieder mit einem Bürger-

begehren bekämpft. „Wenn wir verlieren, kriegen wir keine rasche Lösung“, resümierte die Bürgermeisterin.

Dr. Dorothee Spaich forderte schließlich den Aufbau eines Phantomgerüsts auf dem alten Grundschulareal. Nur so würden die Dimensionen der geplanten drei Komplexe mit 60 Wohnungen, Edeka- und dm-Drogerie-Markt der Investorengruppe Sontowski sichtbar. „Ihr Vorschlag ist interessant“, sagte die Bürgermeisterin. Doch innerhalb von vier Wochen bis zum Bürgerentscheid „ist eine solche Holzkonstruktion nicht durchführbar“, meinte Kössinger.